Morgen-Ausgabe Nr. 265 Freitag, 9. Juni 1939

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreis: bei tägl. zweimal. Zustellg. frei Haus monatl. 3 RM. 3.80; Postbezug 3 RM. 3.80 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellgeb.) bei 7× wöchentl. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerh. Dresdens mit Abendausg. 10 Rpf.; außerh. Sachs. mit Abendausgabe 15 Rpf., Sudetenland 10 Rpf.

Druck und Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden A 1, Marienstraße 38/42. Ruf 25241. Postscheck 1068 Dresden. Die Dresdner Nachrichten enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Dresden, des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden und des Polizeipräsidenten in Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 6 Rpf. Ziffergeb. 50 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Britische „Schutzerklärung" unerwünscht

Die baltischen Staaten gegen Londons Machenschaften

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni.

Die aus Frankreich und England kommenden Meldungen lassen keinen Zweifel daran, daß man in London und Paris noch immer den Versuch macht, die baltischen Staaten in die Einkreisungsfront einzubeziehen. Es braucht dabei kaum betont zu werden, daß man diese Aktion nicht etwa im Interesse der baltischen Staaten selbst unternimmt, die ja von niemandem bedroht werden, sondern daß man sich in den baltischen Staaten eine Operationsbasis für den Ernstfall schaffen möchte.

Die baltischen Staaten selbst haben sich mit allem Nachdruck gegen derartige Pläne gewandt, und auch in der lettischen und estnischen Presse wird anläßlich der Unterzeichnung der Nichtangriffspakte mit Deutschland erneut darauf hingewiesen, daß der Uebereifer in Hilfeleistungsangeboten endlich gestoppt werden müsse. Es ist auch zu berücksichtigen, daß Lettland und Estland in London darauf hingewiesen haben, daß sie keinerlei sowjetrussische oder britische Garantie wünschen, und daß gleichzeitig auch der finnische Außenminister — England und Sowjetrußland rechnen ja Finnland zu den baltischen Staaten — im Parlament sich sehr nachdrücklich gegen jede sowjetrussische oder englische Garantie ausgesprochen hat.

Wenn trotz allem London und Paris immer wieder versuchen, die baltischen Staaten in die Einkreisungsfront einzubeziehen, wobei man jetzt von einer sogenannten Schutzerklärung spricht, so wird damit erneut erwiesen, daß London und Paris Schindluder mit der neutralen Politik der kleinen und unabhängigen Staaten treiben. Sie versuchen, die Friedensfaktoren zu beseitigen und statt dessen eine unerträgliche Spannung zu schaffen.

Wird das U-Boot „Thetis" überhaupt noch gehoben?

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

London, 8. Juni.

Der seit Tagen angekündigte Hebungsversuch an dem gesunkenen Unterseeboot „Thetis" ist am Donnerstag fehlgeschlagen. Eine der am Heck befestigten Stahltrossen hielt die Belastung nicht aus und riß. Der Zwischenfall wird zurückgeführt auf die starke Strömung, die zur Zeit des Hebungsversuches herrschte. Die Arbeiten werden nicht eher wieder aufgenommen werden, ehe eine stärkere Trosse herbeigeschafft ist. Man hofft, am Freitag einen neuen Versuch machen zu können. Die völlige Bergung der „Thetis" dürfte noch etwa acht Tage in Anspruch nehmen. An zuständiger Stelle teilte man mit, daß die „Thetis" selbst bei einem reibungslosen Verlauf der Arbeiten täglich nicht mehr als zwei Meilen auf die Küste zu geschafft werden könne. Die nächstgelegene Küste ist 15 Meilen von der Unfallstelle entfernt, so daß die Bergung erst am Freitag nächster Woche vollzogen sein könnte, d. h. genau 15 Tage nach dem Sinken des Bootes. Marineminister Lord Stanhope gab am Donnerstag im Oberhaus zu, daß möglicherweise auf die Bergung des Unterseebootes „Thetis" verzichtet werden müßte, wenngleich vorläufig mit einer solchen Entscheidung nicht zu rechnen sei. Ein Abbruch der Arbeiten werde höchstens im Falle von Stürmen oder anderen unerwarteten Störungen beschlossen werden.

Chamberlain verwarnte zwei Minister

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

London, 8. Juni.

Ministerpräsident Chamberlain hat Kriegsminister Hore-Belisha und Wohlfahrtsminister Elliot eine Verwarnung zukommen lassen, weil sie sich bei der Abstimmung über das Palästina-Weißbuch der Stimme enthalten haben. Chamberlain brachte zum Ausdruck, das Verhalten der Minister bedeute einen Bruch mit dem Grundsatz, daß die Regierung jeweils als Ganzes hinter jeder Maßnahme stehe.

Spaniens Falange

Noch legen die Trümmer unersetzlicher spanischer Kulturdenkmäler Zeugnis ab von der roten Willkürherrschaft, noch trägt die Landschaft der Iberischen Halbinsel die Spuren eines fast dreijährigen Ringens um die nationale Wiedergeburt des spanischen Volkes, noch sind die Wunden, die der opferreiche Kampf dem spanischen Volkskörper geschlagen, nicht geschlossen; aber die Tränen des Leides sind versiegt, weil die Opfer des Volkes die Saat gewesen für eine neue Zukunft. Und zwischen den Trümmern des Bürgerkrieges beginnen sich die Kräfte neuen Lebens zu regen. Die Kraft des Volkes, einst gebunden in dem Abwehrwall gegen den Bolschewismus, ist frei geworden. Francos hat einen Jahrgang spanischer junger Männer nach dem andern aus dem Dienst unter den Fahnen entlassen. Die Söhne der Bauern sind zurückgekehrt auf den heimatlichen Hof. Die Saat des Kriegsjahres 1938 harrt der Ernte. In den Fabriken und Arbeitsstätten rühren sich emsig die Hände zur Wohlfahrt des Landes. In den Städten schlägt wieder der kräftige Pulsschlag eines Lebens, von dem der lastende Druck des Krieges genommen. Der Opfergang des Volkes ist beendet, der Sieg an die Fahnen geheftet. Aus den Wirren des Bürgerkrieges beginnen sich die kräftigen Züge eines neuen, sich seiner nationalen Stärke bewußten Spaniens abzuzeichnen. — Nationaler und wirtschaftlicher Aufbau; das ist die Devise, unter die General Franco die Arbeit des spanischen Volkes gestellt hat. Das Ringen um die nationale Einheit Spaniens ist die treibende Kraft des Wiederaufbaues. Bei der Ueberwindung der Schwierigkeiten dieses Aufbauwerkes — General Franco hat das auf dem kürzlich in Burgos stattgefundenen ersten Kongreß der Falange ausgesprochen — steht in vorderster Linie die einzige Partei im neuen Spanien, die Falange Española Tradicionalista y de las J.O.N.S., die überlieferungstreue spanische Falange und die der nationalsyndikalistischen Kampfverbände. Diese junge Partei, die von José Antonio Primo de Rivera, einem Sohn Primo de Riveras, gegründet wurde, ist in den Wirrnissen des Krieges zu einer festen Einheit zusammengewachsen und hat hervorragenden Anteil an der siegreichen Beendigung des Ringens genommen. Die Wehrverbände der Falange haben General Franco Hunderttausende von aufopferungsfreudigen Soldaten zur Verfügung gestellt, die Männer der Falange haben wertvollste Dienste in der Sicherung der durch die Truppen eroberten Gebiete geleistet und nicht zuletzt in den noch von den Roten besetzten Städten durch ihre geheime und ständig von bolschewistischen Spitzeln bedrohte Arbeit dazu beigetragen, den Boden für die nationale Idee vorzubereiten. Dieser Aufgabenbereich der Falange läßt den kämpferischen Charakter dieser Organisation deutlich genug erkennen. In einem der 26 Punkte des Parteiprogramms heißt es: Das Leben ist Kriegsdienst und muß gelebt werden, dienst- und opferbereit. Der das spanische Volk bislang beherrschende Individualismus, wie er in dem „Señor", dem Herren, der keine höhere menschliche Gewalt über sich kennt, zum Ausdruck kommt, hat einen grundlegenden Wandel durchgemacht. In den Mittelpunkt allen Denkens und Handelns ist das Volk, das Vaterland, gerückt. Der Dienst an Spanien ist die Haupttugend der Kämpfer der Falange Española.

Aus den harten Kriegsjahren hervorgegangen, stellt die Falange heute den wichtigsten Pfeiler der Politik Francos dar, der selbst ihr oberster Führer ist. In ihm hat die Falange den Garanten für die Durchführung ihres umfassenden Programms gefunden, das auf die Beseitigung der inneren Zerrissenheit des spanischen Volkes ausgerichtet ist und die Grundlage für einen neuen nationalsyndikalistischen Staat schaffen will, der, nach innen stark und festgefügt, nach außen der historischen Erfüllung des spanischen Willens zur Weltmacht Ausdruck verleiht. Das Programm der Falange Española, das bewußt an die große geschichtliche Vergangenheit des Volkes anknüpft, ist im Vergleich zur Zielsetzung des nationalsozialistischen Deutschlands in mehr als einer Hinsicht interessant. Mit allem Nachdruck wird dem System der politischen Parteien der Kampf angesagt. Der Widerstreit der Meinungen ist ausgelöscht. Der Staat ist das Primäre, das totalitäre Werkzeug im Dienste der Unversehrtheit des Vaterlandes. Das bedeutet nicht etwa Ausschaltung der Privatinitiative. Soweit sie sich in den Dienst des Staates stellt und mit dem Gemeinnutz des Volkes vereinbar ist, wird sie gefördert. Die Kampfansage der Falange gilt auch dem kapitalistischen System. Gerade der Kapitalismus der Demokratien ist es gewesen, der dem spanischen Volk dauernd neue Steine in den Weg gelegt hat. Franco hat seinen Kampf ohne ausländische Kredite und gegen die Goldreserven seiner Feinde durchgefochten. Die Franco-Peseta, die er schuf, als die Roten den Goldschatz der spanischen Nationalbank geraubt hatten, hatte im Augenblick ihrer Entstehung keinerlei Deckung. Erst durch freiwillige Spenden und die Pflicht für alle Spanier zur Anmeldung und Bereitstellung ihres Besitzes an ausländischen Geldsorten und Wertpapieren konnte eine genügende Devisendeckung der Franco-Peseta ge-

Spanien meldet seine natürlichen Ansprüche an

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. Juni.

Die italienische Presse beschäftigt sich eingehend mit den Trinksprüchen, die zwischen Mussolini und dem spanischen Innenminister Suner gewechselt wurden. Der spanische Innenminister hat bei dieser Gelegenheit ausdrücklich die deutsche und italienische Formulierung von dem Frieden der Gerechtigkeit übernommen. Hierin erblickt die italienische Presse die Anmeldung „natürlicher Ansprüche" Spaniens. Ferner unterstreichen die italienischen Blätter die Solidarität zwischen dem neuen und starken Spanien und den Achsenmächten in dem gemeinsamen Kampf um einen Frieden der Gerechtigkeit.

Zu den natürlichen Ansprüchen Spaniens gehört gegenwärtig in erster Linie, daß Frankreich endlich einmal darangeht, das Jordana-Abkommen ehrlich zu erfüllen, das am 25. Februar dieses Jahres geschlossen wurde und in welchem Frankreich sich verpflichtete, alles spanische Eigentum, nämlich Kriegsmaterial und sonstige Werte, die von den Roten nach Frankreich verschleppt worden sind, auszuliefern. Mit der Erfüllung dieses Abkommens sollte sofort begonnen werden. Was jedoch von französischer Seite bisher geschehen ist, ist lächerlich wenig und fast ein Nichts in dem Verhältnis zu dem, was noch aussteht. So befinden sich zum Beispiel noch die gesamten Goldbestände der spanischen Nationalbank im unrechtmäßigen Gewahrsam der Bank von Frankreich. Aehnlich liegen die Dinge, was die umfangreichen geraubten Bestände spanischer Kunstschätze anbelangt. Weiter wurden nach Frankreich verbrachte rotspanische Flugzeuge teilweise sogar in den Flugpark der französischen Armee eingereiht. In Spanien ist man mit Recht erbittert über die französische Auffassung der Erfüllung von Verträgen.

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, hatte die in Deutschland zu Besuch weilenden hohen spanischen Offiziere zu einem kameradschaftlichen Beisammensein in das Hotel Bristol gebeten.

In der Mitte Generaloberst v. Brauchitsch, links daneben General Queipo de Llano, weiter links General Aranda

Aufn. Atlantik